W-04 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	07.10.2026
Tagesordnungspunkt:	W TOP 06 - Starke Wirtschaft, faire Chancen

Antragstext

Das Freiheits- und Aufstiegsversprechen unserer Demokratie und unserer sozialen Marktwirtschaft zerschellt für viele zunehmend an der Realität. Es ist das Versprechen, dass es morgen besser wird, dass sich Anstrengung lohnt und Wohlstand gerecht verteilt ist. Die Sorge vor Jobverlust und sozialem Abstieg äußert sich für immer mehr Menschen ganz konkret. Die einen können sich Urlaub, Restaurantbesuch oder einen schönen Kindergeburtstag schon längst nicht mehr leisten, andere fürchten, dass das für sie morgen der Fall sein könnte. Steigende Kosten und angekündigte Stellenstreichungen unterfüttern diese Sorgen: Aus Aufstiegsverheißung ist Abstiegsangst geworden. Daraus speist sich auch das Erstarken der Rechtsextremen, das unsere Demokratie bedroht. Es geht nicht nur darum, die Demokratie und den Status quo zu verteidigen, sondern sie zu erneuern. Wer Demokratie und Freiheit heute glaubwürdig erneuern will, muss das wirtschaftliche und soziale Versprechen neu begründen und einen Staat gestalten, der einfacher und schneller handelt.

Das schwindende Vertrauen in Demokratie und Politik speist sich auch aus dem Frust, den Bürger*innen, Unternehmen und ehrenamtliche Initiativen im Alltag mit Behörden erleben. Gute Ideen ersticken schnell unter einer Lawine von Auflagen, langen Prozessen und lähmender Unsicherheit. Es keimt das Gefühl: „Die da oben wollen gar nicht, dass ich zu meinem Recht komme." Diese Sorgen und dieser Frust sind berechtigt. Wer sie für eine Politik der Ausgrenzung und der Zerstörung unserer Verfassung instrumentalisiert, dem setzen wir etwas entgegen, das stärker ist als Angst: Zuversicht. Einen klaren Plan. Und das Zutrauen, dass es gelingt.

Wir haben einen Plan für Deutschland, einen Plan der Erneuerung und des Aufbaus, der die Dinge besser macht. Wir sehen ein Deutschland und Europa, das durch die Erneuerbaren und neue Klimatechnologien gleichermaßen Unabhängigkeit von den Launen autoritärer Kräfte und gute Jobs erreicht, das neue Technologien im Dienste der Menschen entwickelt und dadurch mehr Potenziale für Wettbewerbsfähigkeit und ein soziales Miteinander bietet; ein Deutschland, das Kindern, Jugendlichen und Berufstätigen durch beste Bildung, Förderung und soziale Absicherung ein Leben in Selbstbestimmung ermöglicht. Dafür hilft kein Führer an der Spitze, kein Fünfjahresplan: Der Wunsch nach beidem ist autoritäres Denken, das wir ablehnen. Unser Plan setzt auf die Vielen in unserem Land, damit sie ihre Pläne wieder verwirklichen können, mit der nötigen Infrastruktur, greifbaren Chancen und Freiräumen. Diese Freiheit wollen wir nicht nur der heutigen, sondern auch kommenden Generationen ermöglichen. Wir sind überzeugt: Deutschland kann zeigen, dass Wohlstand in Freiheit auf diesen Planeten passt. Diese Freiheit braucht Schutz, damit sie zum Wohle aller Früchte tragen kann. Deshalb verknüpfen wir sie mit einer robusten Politik gegen unfairen Wettbewerb, technologische Abhängigkeiten und autoritären Einfluss.

Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören dabei zusammen. Nur wenn unsere Unternehmen erfolgreich sind, schaffen sie gute Arbeitsplätze, investieren und zahlen Steuern. Nur wenn alle das Gefühl haben, dass sich ihre Arbeit und ihr Einsatz auszahlen, dass sie eine faire Chance haben, dass unsere Sozialsysteme in schlechten Zeiten Sicherheit bieten, schaffen wir den Aufbruch. Dazu gehört auch die Care-Arbeit, ohne die keine Wirtschaft funktioniert und die bis heute überwiegend unbezahlt und von Frauen geleistet wird. Wenn wir sie stärker wertschätzen und gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, können gerade Frauen und Mütter selbstbestimmt für sich sorgen und ihr Können in die Wirtschaft einbringen. Wenn wir diese Grundlage legen, dann schaffen wir es, dass die Menschen in unserem Land wieder stolz sein können auf das, was wir gemeinsam schaffen. Dann schaffen wir als Gesellschaft den Zusammenhalt, den wir für eine widerstandsfähige Demokratie brauchen.

Klar ist: Ökologisch erneuern, Schulen sanieren, Netze ausbauen, den Sozialstaat im demografischen Wandel sichern, das geht nur mit einer starken Wirtschaft. Deswegen wollen wir in dieser Zeit wachsen, neu wachsen. Dabei leitet uns die Idee der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen ein neues Wachstum, das diesen Planeten erhält und stärkt. Damit unsere Wirtschaft auf diesen Planeten passen kann, brauchen wir eine lange Phase von Investitionen und Innovationen. Dabei ist die ökologische Erneuerung selbst ein wesentlicher Innovations- und Wachstumsmotor. Erneuerbare Energie ist in der Gestehung heute die günstigste Energie, sie allein macht uns unabhängig von Importen und Preisschocks. Kreislaufwirtschaft sichert Rohstoffe, die wir sonst teuer einkaufen müssen. Klimatechnologien und Chemie ohne Schadstoffe sind Weltmärkte von morgen. Hier entscheidet sich auch, ob in unserem Land noch industriell produziert werden kann und die Arbeitsplätze hierbleiben. Diese Erneuerung ist jedoch voraussetzungsreich und herausfordernd. Wir wollen sie so gestalten, dass wir am Ende wettbewerbsfähiger sind und nicht schwächer. Das erfordert unter anderem riesige Investition, öffentliche wie private. Diese lassen sich nicht dauerhaft aus wachsenden Schulden und Sondervermögen finanzieren, sondern nur aus einer produktiven, innovativen Wirtschaft. Deshalb ist Wachstum die Voraussetzung dafür, dass die ökologische Transformation gelingt und trägt – für Menschen, Unternehmen und den Planeten.

Wir wollen ein neues Wachstum, das aus Innovation und Qualität entsteht. Made in Germany steht für die besten Lösungen, Qualität in der Umsetzung und weiter für Verlässlichkeit. Der Anspruch der Technologieführerschaft muss auch das Ziel politischer Rahmenbedingungen sein. Und wir wollen diese Stärke wieder zur Anwendung bringen. Zu oft wird bei uns geforscht und entwickelt, aber anderswo produziert. Was fehlt, ist nicht die Idee, sondern ihre Umsetzung hier vor Ort: Kapital für Wachstumsphasen, schnellere Genehmigungen, ein Staat, der als erster Kunde Risiken mitträgt, und eine Verwaltung, die liefert.

Wir wollen ein neues Wachstum für gute Arbeit. Wenn eine Wirtschaft nicht wächst, verschwinden Jobs. Das sind keine abstrakten Zahlen, sondern konkrete Erfahrungen: der Ingenieur in der Zulieferindustrie, die Köchin in der Werkskantine, der Verkäufer im Einkaufszentrum oder die Managerin im Maschinenbau. Wer keinen sicheren Arbeitsplatz hat, hat Angst vor Veränderung. Deshalb lassen wir niemanden mit dem Wandel allein. Das entsteht nicht von selbst. Dafür braucht es Absicherung und Flexibilität, Investitionen in

Weiterbildung und regionale Wertschöpfungsketten. Dafür braucht es eine hervorragende Ausbildung, die allen ihren Berufsweg ermöglicht.

Wenn mehr Menschen in guter Arbeit sind und mehr Wertschöpfung entsteht, verbreitert sich auch die Basis, auf der unsere Sicherungssysteme ruhen. Ohne Wachstum verschärfen sich der Verteilungskämpfe, zwischen Jungen und Alten oder Beschäftigten und Rentner*innen. Wachstum zusammen mit den notwendigen Reformen kann die Renten- und Pflegeversicherung und unser Gesundheitssystem so aufstellen, dass sie auch in dreißig Jahren noch halten, was sie versprechen. Wir stehen dafür ein, dass die Reformen nicht zu Lasten derer gehen, die jetzt schon die meiste Leistung in diesem Bereich erbringen, bezahlte wie unbezahlte: den Frauen.

Wir wollen ein neues Wachstum, das uns resilienter, unabhängiger und sicherer macht. Sicherheit heißt heute auch Energiesicherheit, Rohstoffsicherheit und technologische Souveränität – statt Abhängigkeit von russischem Gas, chinesischen Exportmärkten und amerikanischer Verteidigung, KI-Systemen und Rechenleistung. Erneuerbare Energien, Speicher, Netze, Kreislaufwirtschaft und eigene digitale Infrastruktur sind deshalb Sicherheitspolitik.

Und wir denken dieses neue Wachstum europäisch. Kein Mitgliedstaat kann allein einen Binnenmarkt von 450 Millionen Menschen bieten, allein die Netze und Wasserstoffleitungen über Grenzen hinweg bauen, allein Rohstoffpartnerschaften schließen oder allein den globalen Tech-Konzernen Regeln setzen. Wir brauchen einen vollendeten Binnenmarkt, einen integrierten Kapitalmarkt, gemeinsame Standards, gemeinsame Beschaffung und gemeinsame Investitionen in Forschung, Verteidigung und Infrastruktur, sowie eine massive Harmonisierung und Vereinfachung der in den letzten Jahren hinzugekommenen Regeln. Wir brauchen ein schnelles, starkes und souveränes Europa.

Der Wohlstand ist heute ungleicher verteilt als je zuvor: In der Europäischen Union besitzt das reichste Prozent mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Auch innerhalb Deutschlands gibt es weiterhin große Unterschiede. Insbesondere in Ostdeutschland gibt es deutlich weniger Vermögen und weniger Wohlstand. Wer vermögend ist, wird es häufig durch Erbschaft, nicht durch Leistung. Und in kaum einem vergleichbaren Land entscheidet die Herkunft so stark über den Bildungsweg wie bei uns. Wenn sich Vermögen und Chancen vererben, wächst am Ende vor allem die Distanz innerhalb der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass jeder große Umbruch, von der industriellen Revolution über die Globalisierung bis zur KI, zunächst Vermögen in wenigen Händen konzentriert, Lebensgrundlagen belastet und Gesellschaften unter Druck gesetzt hat. Das haben nicht zuletzt wir Grüne kritisiert. Viele Menschen haben es immer wieder hart erkämpft und in demokratischen Prozessen errungen, dass der Wohlstand bei denen angekommen ist, die ihn erarbeiten, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden. Gleiches gilt heute: Es braucht faire Regeln, um die Gewinne der KI-Revolution, genauso wie große Erbschaften und Vermögen heranzuziehen, um damit die nötigen massiven Investitionen in Kitas, Schulen und Infrastruktur zu stemmen, aber auch in unsere Sicherheit.

Natürlich bleibt Wachstum kein Selbstzweck, und nicht jedes Wachstum ein Gewinn. Das Bruttoinlandsprodukt steigt auch, wenn Wälder abgeholzt und Böden ausgelaugt werden. Wo Gewinne privatisiert, aber Menschen ausgebeutet und Kosten auf die

Allgemeinheit, auf andere Weltregionen oder kommende Generationen abgewälzt werden, verschiebt Wachstum nur Profite: von morgen auf heute, von unten nach oben. Wir setzen dem ein Wachstum entgegen, das trägt: Ein Wachstum, das die ökologischen Grenzen einhält, das denjenigen zugutekommt, die es erarbeiten.

Deshalb ist jetzt unsere Aufgabe: Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten. Unser Versprechen ist ein Mehr für alle, dass es besser wird. Wirtschaftlicher Erfolg, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ökologische Tragfähigkeit sind kein Widerspruch. Sie sind die Bedingung dafür, dass Wohlstand hält.

Damit dieser Handschlag in die Zukunft funktioniert, beleben wir die stärkste Währung unseres Landes: Vertrauen. Das Vertrauen, dass Unternehmen Lösungen für die Probleme unserer Zeit finden und Wohlstand schaffen können, wenn man ihnen Freiheit lässt und dafür einen verlässlichen und klaren Rahmen gibt. Das heißt nicht Laissez-faire, sondern verbindliche Spielregeln, die so gestaltet sind, dass sie unternehmerische Initiative und Verantwortung nicht unnötig ausbremsen. Spielregeln, die die ökologischen Grenzen zuverlässig einhalten, aber auf unnötige Bürokratie und Detailregulierung verzichten. Und das Vertrauen, dass die Menschen sich einbringen und Veränderung akzeptieren, wenn sie sich den gerechten Anteil am Wohlstand erarbeiten können. Dazu gehört zentral auch ein Staat, dem man vertrauen kann – vertrauen, dass er für Unternehmen schnell und zuverlässig regelt, was nötig ist und dass er für die Bürgerinnen nahbar ist, nachvollziehbar und fair handelt.

Ein funktionierender Staat kann sich dieses Vertrauen leisten, wenn er selbst handlungsfähig und wehrhaft ist. So kann er nach dem Prinzip vorgehen, die schwarzen Schafe zu sanktionieren, statt alle Bürger*innen, Unternehmen, Initiativen oder Vereine pauschal mit hohen Bürokratiekosten zu belasten. Vertrauen setzt aber auch voraus, dass der Staat sich gegen unfairen Wettbewerb wehren kann, dass er der eigenen Wirtschaft und den Menschen den Raum gibt, die eigenen Stärken zu entfalten. Das Ergebnis zählt für die Menschen.

Das ist auch eine Lehre aus unserer eigenen Geschichte: Wir Grüne haben zurecht von Anfang an auf die Verheerungen hingewiesen, die Industriegesellschaften – kapitalistische wie sozialistische – auf unserem Planeten angerichtet haben, auf die Ausbeutung von Menschen und die gesundheitlichen Belastungen. Aber wir haben zu lange übersehen, dass wir dieses Problem nicht durch Generalverdacht und Dauerkontrolle lösen können, sondern nur partnerschaftlich – indem wir die Wertschöpfung nachhaltig neu aufstellen. Viele in der Wirtschaft haben die gleiche Überzeugung. Sie haben Vertrauen verdient. Das ist kein vorauseilender Gehorsam und keine Naivität. Es ist ein Angebot zur gemeinsamen Arbeit am Wachstum für unser Land.

Diesen Schritt geht die Bundesregierung nicht, denn sie stellt immer wieder einen Großteil der Menschen unter den Generalverdacht der Faulheit und Blaumacherei, sie streicht bei Gesundheit, Rente und der Unterstützung von Familien. Damit schafft sie Unsicherheit, statt Chancen zu eröffnen. Damit bietet sie keinen Halt und keine Orientierung. Damit gefährdet sie den demokratischen Zusammenhalt. Unser Plan ist dazu die Alternative.

Um Halt und Orientierung zu geben, werfen wir auch einen ehrlichen Blick auf die eigene Bilanz: Wir haben in der Ampel-Regierung gute Krisenarbeit geleistet, die Erneuerbaren entfesselt und beim Ausbau von Infrastruktur Bürokratie abgebaut.

Mit dem Startchancenprogramm haben wir das größte und langfristigste Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht und die Fachkräfteeinwanderung modernisiert. Darauf sind wir stolz. An anderer Stelle aber haben wir Detailvorgaben gemacht, statt den ökologischen Ordnungsrahmen unserer Politik in den Mittelpunkt zu stellen. Die Politik der Ampel hat Menschen verunsichert, statt Verlässlichkeit auszustrahlen. Mehrmals haben wir einzelne Großprojekte finanziert, statt Technologien und neue Geschäftsmodelle zu fördern und sie vor unfairem Wettbewerb zu schützen. Wer verändert, macht Fehler, und wir lernen daraus, diese Herausforderungen besser anzupacken.

Auch aus dieser Erfahrung speist sich der klare Fokus unseres Plans. Wir sichern Wachstum, indem wir drei Hebel umlegen: Wir setzen im Inneren Kräfte frei, schaffen Freiräume, erneuern unsere Wirtschaft und machen sie so innovativer und nachhaltiger. Wir schützen uns nach außen gegen unfairen Wettbewerb und Erpressbarkeit. Und wir sorgen dafür, dass die Früchte dieses Wachstums bei den Menschen ankommen, die es erarbeitet haben.

Hebel 1: Innovation freisetzen, Wirtschaft erneuern und nachhaltig aufstellen

Ein großer Beitrag zu mehr Wachstum liegt im Inneren: Eine Wirtschaft, die Innovation freisetzt und Produktivität steigert, ein Staat, der Transformation beschleunigt statt blockiert, ein Arbeitsmarkt, der Erwerbsbeteiligung ermöglicht, und eine Klimapolitik, die Innovation und wirtschaftliche Entwicklung schafft. Unsere wichtigste Ressource für den Aufbau von neuem Wachstum sind die Menschen mit ihrer Qualifikation, ihrer Arbeitskraft und ihrer Motivation. Mit einer hervorragenden Schulbildung sowie Aus- und Weiterbildung schaffen wir die Grundlage dafür, dass alle Bürger*innen gute Jobchancen und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung bekommen. Lebenslanges Lernen ermöglicht Aufstieg und Selbstverwirklichung.

1.1 Ökologische Politik als Wettbewerbsvorteil

Die Voraussetzungen sind besser denn je, dass unser Wohlstand auf unseren Planeten passt. Die Technologien dafür existieren oft längst. Offen ist, ob wir sie konsequent weiterentwickeln und gegen die Widerstände der fossilen Lobby durchsetzen. Die Energiewende führt zu immer mehr Stunden von Energie im Überfluss und wird bei konsequenter Fortsetzung und Finanzierung notwendiger Investitionen ermöglichen, die für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz notwendige Produktion bei uns zu halten. Günstige grüne Energie wird uns auch Fortschritte in der Digitalisierung leichter ermöglichen. Dazu gehört das Ziel einer müllfreien, vollständig kreislauffähigen Wirtschaft. Sie senkt Kosten und Umweltbelastung und verringert unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen. Kreislaufwirtschaft ist ökologische Notwendigkeit und Resilienzstrategie zugleich.

Klima- und Industriepolitik sind heute zwei Seiten derselben Medaille. Deutschland ist ein Industriestandort und soll es bleiben, doch dafür muss er sich verändern.

Bei klimaneutralem Stahl und klimaneutraler Chemie, Elektromobilität, Wärmewende, Speichern und Wasserstoff entscheidet sich heute, wo die Wertschöpfung der kommenden Jahrzehnte entsteht. Wer Klimastandards im Namen kurzfristiger Entlastung schleift, zahlt dafür morgen mit verlorenen Märkten. Für die energieintensive Industrie drängt die Zeit: Wer etwa grünen Stahl in Deutschland halten will, muss jetzt handeln. Politik für einen klimagerechten Wohlstand braucht Verlässlichkeit.

Wärmepumpe, E-Auto, grüner Stahl und Fortschritte bei grüner Chemie oder Windkraft zeigen schon heute, wie Klimaschutz Jobs, Wertschöpfung und Unabhängigkeit von autokratischen Staaten schaffen kann. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen, statt sie abzuwürgen, wie es die Bundesregierung bei der Energiewende tut.

Dazu gehört es auch, gemeinsam mit den Unternehmen das Machbare zu identifizieren. Vom grünen Tisch aus können wir die Klimaziele nicht erreichen. Eine Klimapolitik des Vertrauens ist partnerschaftlich und pragmatisch in der Herangehensweise, verlässlich und konsequent bei den Zielen. Ganz zentral braucht es für neues Wachstum eine massive Senkung der Energiepreise, eine verlässliche Netzinfrastruktur, deren Finanzierung sich über Generationen streckt. Wichtige Hebel sind außerdem grüne Leitmärkte und einfach anwendbare Klimaschutzverträge, um die Investitionshürden des Beginns zu stemmen.

Änderungen am ETS-Regime sollen Investitionen in Modernisierung und Dekarbonisierung der Industrieanlagen anreizen und die Vorreiter unterstützen. Wir schlagen deshalb vor, dass Unternehmen den Gegenwert der kostenlos verteilten Verschmutzungszertifikate in ein Transformationskonto bei der Dekarbonisierungsbank einzahlen und das Guthaben dort für konkrete Investitionen in die Dekarbonisierung sowie für Klimaschutzverträge nutzen können.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Übergänge sind teuer und haben handfeste Folgen für Arbeitsplätze, etwa beim Wechsel vom Verbrenner zum Elektroantrieb, bei dem deutlich weniger Arbeitsschritte nötig sind. Wer das kleinredet, verspielt Vertrauen und liefert Rechtspopulisten Munition. Wir gehen diese Effekte deshalb vorausschauend und branchenspezifisch an. Jobs in veralteten Technologien brauchen keine Ewigkeitsgarantie, aber Beschäftigte brauchen verlässliche Brücken in neue Tätigkeiten, betroffene Regionen klare Perspektiven. Die Menschen, die beispielsweise jahrelang auch in den fossilen Branchen unser Land mit Energie versorgt haben, verdienen unseren Respekt und Unterstützung im Wandel.

1.2 Innovation und Qualität

Viele blicken mit Sorge und Bewunderung nach China, das langfristig plant und Schlüsselindustrien gezielt aufbaut. Daraus wird oft der falsche Schluss gezogen, strategische Planung sei autoritär. Doch Liberalität und strategisches Denken gehören zusammen: Der Staat setzt Ziele, schafft Infrastruktur, stärkt Innovationen, sichert Nachfrage und gibt einen verlässlichen Rahmen vor, ohne vorzuschreiben, wer die Ziele wie erreicht. So kann unternehmerische Freiheit ihre Wirkung entfalten.

Schlüsseltechnologien: Technologische Innovation und ihre wirtschaftliche Nutzung, gerade auch bei Hochtechnologie und KI, sind eine strategische

Notwendigkeit, die zu vernachlässigen Europa immer stärker in die politische Abhängigkeit und Erpressbarkeit führen würde. In ausgewählten Feldern wollen wir deshalb nicht nur Anwender, sondern Technologieführer sein, mit starker Grundlagenforschung, eigenen Schlüsselpatenten und prägenden Leitmärkten. Dafür braucht es gezielte Forschungsförderung und schnelleren Transfer aus der Wissenschaft in die Unternehmen. Wir wollen Gesetze für Reallabore öffnen, um neue Lösungen ausprobieren zu können. Beispielsweise könnte man autonomes Fahren in Modellregionen in Stadt und Land erproben. Außerdem braucht es eine Beschaffungspolitik, die europäischen Zukunftstechnologien den Markteintritt erleichtert. Wir bündeln unsere Kräfte dafür in Schlüsseltechnologien, die viele Branchen modernisieren können und in denen Deutschland bereits Stärken hat (etwa KI, Quantentechnologie, Photonik, Robotik, Wasserstoff, Bio- und Medizintechnik oder auch Plasmatechnologie). Nicht jede Technologie müssen wir allein beherrschen, aber europäisch sollten wir die Ambition dazu haben.

Missionsorientierte Industriepolitik: Der Staat soll Neues fördern, nicht Altes subventionieren, damit Europa einen starken Anteil an der industriellen Nutzung technologischer Innovation erlangt. Statt vor allem einzelne Großprojekte etablierter Unternehmen zu stützen, formuliert der Staat Ziele, schafft Wettbewerb um die besten Lösungen und gibt durch Leitnachfrage Sicherheit für private Investitionen. So wächst ein ganzes Ökosystem aus Zulieferern, Forschung, Kapital und Fachkräften, in der Industrie ebenso wie bei Dienstleistungen und auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

Markt und Kapital: Damit Innovationen wachsen können, wollen wir den europäischen Binnenmarkt vollenden und eine Kapitalmarktunion schaffen. Dafür müssen die Regeln und Aufsicht vereinheitlicht und bestehende Unterschiede zwischen den nationalen Märkten abgebaut werden. Wir wollen die WIN-Initiative fortsetzen und so Anreize schaffen, damit private und institutionelle Anleger stärker in Europa und Deutschland investieren. Im Vergleich zu den USA besteht in Europa insbesondere bei kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge für Privatpersonen und Unternehmen noch erheblicher Nachholbedarf. Auch die Finanzbildung und der Zugang zu Kapitalmärkten über digitale Plattformen sollten verbessert werden. National bauen wir die Finanzierung für junge und wachsende Unternehmen aus und gestalten die Regeln für Beteiligungskapital im Aufsichts- und Steuerrecht klarer und einfacher. Damit auch die Beschäftigten am Unternehmenserfolg beteiligt werden können, bauen wir die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter aus.

Start-ups und Scale-ups: Neue, dynamische Unternehmen sind einer der stärksten Treiber von Produktivität. Wir wollen mehr Wagniskapital für die Wachstumsphase, attraktive Mitarbeiterbeteiligung, schnelle digitale Gründungen und bessere Exit-Möglichkeiten in Europa. Große Kapitalsammelstellen wie Pensionskassen und Versicherungen müssen stärker in Venture-Capital-Fonds investieren können. Ein Bürgerfonds für die private Altersvorsorge bietet auch eine große Chance für Wachstumsfinanzierung. Die EU-Kommission muss eine europäische Rechtsform (EU Inc.) einführen, die sich sowohl für Start-ups und Unternehmen in der Wachstumsphase bis zum Börsengang eignet als auch nichtexit-orientierte Unternehmen unterstützt und ihnen allen ein grenzüberschreitendes, einheitliches rechtliches Umfeld bietet, ohne die Unternehmensmitbestimmung zu schwächen.

Handwerk und Selbstständige: Handwerksbetriebe, Soloselbstständige und kleine Dienstleister sind das Rückgrat der Wirtschaft vor Ort und setzen die

Klimatransformation oft praktisch um. Wenn Menschen ihr Leben in die Hand nehmen, gründen und selbständig werden, muss das stärker honoriert werden. Wir machen es einfacher. Wir wollen alle Kleinunternehmen von Bürokratie entlasten, Betriebsnachfolgen erleichtern und die soziale Absicherung von Soloselbstständigen verbessern. Ein eigenständiges Gewerbemietrecht soll Betriebe, Läden und Praxen vor überzogenen Mieterhöhungen und Kündigungen schützen.

Europäischer Binnenmarkt: Damit Europa insgesamt wieder wettbewerbsfähig und wirtschaftlich stark wird, muss der EU-Binnenmarkt vollendet und vertieft werden. Enrico Letta und Mario Draghi haben in ihren Berichten klare Reformvorschläge gemacht. Der Großteil dieser Vorschläge ist immer noch nicht umgesetzt. Ziel muss es sein, dass Unternehmen künftig ihre Produkte und Dienstleistungen europaweit schnell und einfach nach einheitlichen Standards auf den Markt bringen können.
Starkes Wettbewerbsrecht: Damit innovative Unternehmen einen fairen Wettbewerb gegen große Konzerne haben, brauchen das Bundeskartellamt und die EU-Kommission zusätzliche Rechte und Ressourcen. Ihre Verfahren müssen beschleunigt werden und die Nachweishürden für Wettbewerbsverstöße müssen gesenkt werden.

Regionale Vielfalt nutzen: Damit Regionen ihre bestehenden Erfahrungen für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Transformationen nutzen können, gilt es, die regionale Vielfalt und die damit einhergehenden individuellen geschichtlichen Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Innovationskraft, die Krisenerfahrungen und der Mut vieler Menschen in Ostdeutschland, nach 1990 neue Wirtschaftsstrukturen, Verwaltungen, Kultur und Gesellschaft mitzugestalten – mit allen Erfolgen und Fehlern dieser Prozesse –, spielen dabei eine besondere Rolle. Es bestehen gegenwärtig dort wie in vielen anderen Regionen strukturelle Herausforderungen wie die Alterung der Bevölkerung, das Fehlen von Konzernzentralen und eine vergleichsweise schwache Gründerszene, denen gezielt durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und gleichwertige Lebensverhältnisse begegnet werden muss.

1.3 Ein moderner, ermöglichender Staat

Die Fülle an Regeln, meist in bester Absicht entstanden, frustriert Menschen, lähmt Unternehmen und untergräbt das Vertrauen in den Staat. Wir brauchen ein neues Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft: Ein ermöglichender Staat investiert verlässlich in Bildung, Infrastruktur und Innovation. Er ist bei seiner Regulierung klar in den Zielen und eröffnet möglichst viel Freiheit in den Wegen. Damit Deutschland wieder vorankommt, braucht es einen Staat, der die Transformation beschleunigt, statt sie zu blockieren. Regeln müssen ihre Ziele mit verhältnismäßigem Aufwand erreichen, sonst gehören sie reformiert oder gestrichen.

Bürokratieabbau: Gesetze sollen einen Praxis- und Digitalcheck durchlaufen, um eine bürokratiearme und machbare, über die föderalen Ebenen hinweg konsistente Umsetzung in einer modernen digitalen Verwaltung sicherzustellen. Das soll schrittweise auch bestehendes Recht umfassen. Berichts- und Dokumentationspflichten wollen wir grundsätzlich abschaffen, sofern sie nicht neu begründet werden – hier werden wir die Bundesregierung an ihren Taten messen. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeigen, wie es gehen kann.

Durch verbindliche Standards und Schnittstellen wollen wir es für Unternehmen einfacher machen, ihr regelkonformes Handeln, wo nötig, automatisch und digital zu dokumentieren und nachzuweisen.

Vertrauensprinzip: Gesetze sollen Ziele vorgeben und Verwaltung soll ermöglichen, nicht jeden Schritt überwachen. Statt Unternehmen, Selbständige und Bürger*innen mit Dokumentationspflichten und verpflichtenden Vorabgenehmigungen zu belasten, setzen wir auf einen rechtlichen Paradigmenwechsel: Durch risikobasierte Kontrollen und harte Sanktionen für schwarze Schafe werden wir dem Vorsorgeprinzip besser gerecht als im bestehenden System.

Ein Staat, der durchgreift: Ein handlungsfähiger Staat muss auch durchgreifen können. Wir wollen Verstöße beispielsweise gegen Umwelt- und Arbeitsschutzgesetze konsequent verfolgen, mögliche unrechtmäßige Gewinne abschöpfen und die Verantwortung von Unternehmensleitungen klar regeln. Das schützt auch die große Mehrheit der Unternehmen, die sich an Regeln hält.

Verwaltungsreform: Der Staat muss schneller und lösungsorientiert arbeiten. Wir wollen verbindliche Vorgaben für Bearbeitungszeiten von Verfahren und dazu auch mit den Ländern zusammenarbeiten. Dazu wollen wir eine Stiftung Verwaltungstest einführen, die deren Einhaltung misst und Beratung anbietet. Die Zuständigkeiten in unserem föderalen Staat wollen wir klar und eindeutig strukturieren und Parallelstrukturen abbauen. So muss beispielsweise klar sein, dass das Datenschutzrecht in allen Bundesländern einheitlich angewandt wird. Das Beamten- und Vergaberecht wollen wir reformieren. Das Once-Only-Prinzip soll von Europa bis zur Kommune die Regel sein: Bürger*innen und Unternehmen müssen benötigte Daten nur einmal beim Staat hinterlegen. Sie können dann bestimmen, dass sie an alle relevanten Stellen weitergereicht werden.

Schluss mit dem Antragswesen: Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu einem Staat, der den Bürger*innen automatisch die Dienste und Leistungen anbietet bzw. zukommen lässt, die ihnen zustehen – vom Kindergeld, über Förderung für Familien bis hin zur Verlängerung von Ausweisen und Pässen.

Ein Staat, der investiert: Ein ermöglichender Staat investiert verlässlich in die Grundlagen von Wohlstand und Sicherheit: in Klimaschutz, Innovation, moderne Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit. Dafür ist das Sondervermögen ein wichtiger Hebel. Wir werden auch weiter dafür kämpfen, dass die Gelder zusätzlich ausgegeben werden. Seine Wirkung kann durch die gezielte Einbindung privaten Kapitals multipliziert und die Beschaffung deutlich beschleunigt werden, insbesondere über öffentlich-private Partnerschaften. Dabei achten wir darauf, dass Verluste nicht sozialisiert werden, während Gewinne privatisiert werden.

Hebel 2: Unsere Wirtschaft vor unfairer Konkurrenz und gefährlichen Abhängigkeiten schützen

Diese Offenheit im Inneren muss mit einem Schutz vor unfairen Praktiken nach außen einhergehen. Die besten Innovationen werden sonst im unfairen Wettbewerb untergehen. Die liberale, regelbasierte Weltwirtschaftsordnung wankt. Russland, China und inzwischen auch die US-Regierung sind skrupellos bereit, das Völkerrecht zu brechen und Machtmittel rücksichtslos einzusetzen. Dabei verwenden sie auch ihre Marktmacht als Waffe: Geoökonomie ist auf dem Vormarsch

und die Weltwirtschaft fragmentiert. Machtpolitik ersetzt zunehmend vereinbarte Regeln, Lieferketten werden fragiler, Rohstoffe und Schlüsseltechnologien werden strategisch instrumentalisiert. Dagegen schützen wir uns.

2.1 Fairen Wettbewerb gegenüber China herstellen

China ist nicht mehr scheinbar grenzenloser Absatzmarkt für deutsche Exporte, sondern hat Deutschland als weltweit größten Maschinenbauexporteur abgelöst und bietet inzwischen auch technologisch anspruchsvolle Anlagen zu spotbilligen Preisen an. Möglich machte das eine Kombination aus massiven Staatssubventionen, einer bewusst schwach gehaltenen Währung und politisch gewollten Überkapazitäten. Die chinesische Führung setzt gezielt auf Marktdominanz, Technologieführerschaft und die Kontrolle über Rohstoffe und Lieferketten, um andere Staaten stärker von China abhängig zu machen und zugleich die eigene Verwundbarkeit zu verringern. Unser Ziel darf ausdrücklich kein Wirtschaftskrieg und kein genereller Protektionismus sein – aber wir müssen diesem China-Schock 2.0 wirksam entgegentreten. Wo China durch Innovation wettbewerbsfähiger geworden ist, sollte Europa von diesen Entwicklungen lernen und sich dem Wettbewerb stellen. Unsere Unterstützung für freien Handel im gegenseitigen Vorteil gilt weiterhin. Wo jedoch staatliche Subventionen, Marktzugangsbeschränkungen, Dumpingpreise, Währungsunterbewertung oder monopolistische Strukturen den Wettbewerb verzerren, sind Gegenmaßnahmen erforderlich, um fairen Wettbewerb wiederherzustellen. Deutschland und Europa müssen auch in Zukunft souverän über den wirtschaftlichen Kurs entscheiden können – dafür müssen Schutz, der gezielte Aufbau eigener technologischer Stärken und internationale Partnerschaften zusammenwirken.

Kritische Infrastruktur: Besonders sensible Bereiche der Kritischen Infrastruktur wie etwa Rechenzentren, Cloud-Anbieter, Finanzinfrastrukturen und Energieversorgung müssen in europäischer Hand bleiben. Hier muss eine gesetzliche Untersagungsvermutung gelten, eine Freigabe soll es nur noch mit verbindlichen Mindestauflagen geben und auch Neugründungen müssen erfasst werden. Darüber hinaus braucht es bei ausländischen Investitionen in kritische Schlüsseltechnologien eine verbindliche Konditionierung – das muss im Industrial Accelerator Act verankert werden. Dazu gehört unter anderem eine Joint-Venture-Pflicht, damit Know-how und Wertschöpfung in Europa erhalten bleiben.

Handelsschutz: Bestehende Handelsschutzinstrumente wie das Anti-Coercion Instrument sollen konsequenter angewendet und europäische Standards durchgesetzt werden. Das gilt auch für das EU-Ziel, Zwangsarbeit zu bekämpfen. Chinesische Unternehmen sollten in Europa keine Rechte eingeräumt werden, die europäischen Unternehmen in China aus Sicherheitsbedenken verwehrt werden. Zudem fordern wir eine Beweislastumkehr bei der Foreign Subsidies Regulation, da China seinen Unternehmen die Mitwirkung an EU-Antisubventionsuntersuchungen untersagt.

Buy-European-Regeln: Bei öffentlichen Aufträgen und Förderprojekten braucht es wirkungsvolle Buy-European-Regeln, damit deutsches Steuergeld nicht an chinesische Unternehmen fließt. Ein erster Schritt wäre, die Förderung für E-Autos auf in Europa produzierte Modelle zu beschränken.

Ausgleichszölle: Wir setzen uns für Ausgleichszölle ein, um durch Wettbewerbsverzerrungen entstehende Preisvorteile auszugleichen und damit einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Internationale Kooperation: Wir schmieden eine Allianz mit all jenen Ländern, die wie wir auf Regeln und Kooperation setzen. Wenn ein Partner unter Druck gesetzt wird, stehen wir füreinander ein – etwa durch gegenseitigen handelspolitischen Beistand. Das bedeutet neben gemeinsamen Handelsabkommen auch einen Zollklub, in dem Ausgleichszölle koordiniert werden können.

Kritische Lieferketten: Wir brauchen in Zukunft ein umfassendes Lagebild der kritischen Import- und Lieferkettenabhängigkeiten. Bei kritischen Produkten mit hoher Importabhängigkeit von China braucht es auf europäischer Ebene bürokratiearme Instrumente, die Anreize für Unternehmen zur Diversifizierung ihrer Lieferketten setzen.

Rohstoffsicherheit: Die Kreislaufwirtschaft muss als strategisch wichtige Branche durch eine bessere Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material gestärkt werden. Wertvolle Sekundärrohstoffe dürfen nicht massenhaft aus der EU abfließen, während Europa bei Primärrohstoffen erpressbar ist. Außerdem müssen die EU-Mitgliedstaaten das Pooling von Unternehmen erleichtern und befördern und selbst die Beschaffung stärker gemeinschaftlich betreiben, wozu auch eine Reserve für kritische Rohstoffe gehören kann, um widerstandsfähiger gegen Erpressungsversuche und Lieferengpässe zu werden.

Künstliche Intelligenz: Die EU muss ihre Stärken bei industriellen Daten, im Maschinenbau und in der Automatisierung gezielt mit KI verbinden, statt diesen Markt kampflos China und den USA zu überlassen. Für vernetzte Produkte und KI-Systeme in kritischer Infrastruktur braucht es verbindliche Sicherheitskriterien, die Fernzugriff und Datenabfluss an Staaten ausschließen, die wirtschaftliche Abhängigkeiten als Druckmittel einsetzen. Bei Halbleitern muss die EU ihre Abhängigkeit auch bei älteren, für die Industrie unverzichtbaren Chipgenerationen verringern.

Verbraucherschutz: Die neue EU-Zollgebühr ist nur ein erster Schritt im Kampf gegen die Paketflut von chinesischen Anbietern wie Temu und Shein, die milliardenfach Produkte direkt an Verbraucher*innen liefern, aber keine europäischen Umwelt-, Verbraucher- und Sicherheitsstandards einhalten. Die EU muss ihre Produktstandards nach dem Digital Services Act (DSA) und durch effektive Marktüberwachung endlich durchsetzen.

Europäische Einigkeit: Wir plädieren für regelmäßigen handelspolitischen Dialog mit Peking auf EU-Ebene und lehnen deutsche Alleingänge ab. Dialog ist Teil unserer Strategie, aber ersetzt sie nicht.

2.2 Macht der Tech-Oligarchen begrenzen

Die Macht weniger großer Technologiekonzerne gefährdet nicht nur den fairen Wettbewerb, sondern auch Demokratie, Grundrechte und persönliche Freiheit. Die enge Verbindung einzelner Tech-Milliardäre mit Donald Trump zeigt, wie digitale Macht politischen Einfluss gewinnen kann. Dieser politische Einfluss wiederum wird von den Tech-Oligarchen genutzt, um sich Sonderbehandlungen, Steuervorteile und Straflosigkeit bei Gesetzesverstößen herauszuschlagen. Der wirtschaftliche Schaden durch sich verselbstständigende KI-Agenten muss von den Tech-Oligarchen verantwortet werden.

Europa hat den digitalen Wandel lange zu zögerlich gestaltet und zu wenig in eigene Alternativen investiert. Deshalb muss Europa digitale Souveränität ernst nehmen und aktiv gestalten. Deutschland und Europa sollten eigene digitale Lösungen stärken, Abhängigkeiten verringern und dafür sorgen, dass Digitalisierung mit unseren Werten von Freiheit, Demokratie und fairem Wettbewerb vereinbar bleibt.

Digitalsteuer: Amazon, Apple, Google, Microsoft und Meta gehören zu den reichsten Konzernen der Welt. In Deutschland zahlen sie fast keine Steuern – obwohl sie hier riesige Gewinne machen. Wir fordern deshalb eine Digitalsteuer, perspektivisch einheitlich in Europa, übergangsweise national in Deutschland. Die Steuer gilt für Online-Werbung, Plattformen wie App Stores und Marktplätze, Cloud-Dienste und den Handel mit Nutzerdaten. Ausgenommen werden kleine und mittlere Unternehmen sowie deutsche und europäische Start-ups und Scale-ups. Auf diese Weise fördern wir zusätzlich den fairen Wettbewerb und die Entwicklung von europäischen Alternativen.

Digitaler Wettbewerb: Der Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act (DMA) müssen auf europäischer und nationaler Ebene konsequent, strikt und frei von politischer Einflussnahme angewandt werden. Sanktionen kommen zu spät und stoppen die fortlaufende Machtkonzentration nicht. Das deutsche Kartellamt muss hier dringend schneller und konsequenter die anhängigen Fälle bearbeiten. Wir wollen, dass bereits der Mangel an Wettbewerb sanktionierbar ist, um die Dominanz weniger Tech-Giganten zu brechen. Der DMA muss auf Chatbots und Cloud Computing ausgeweitet werden. Der gemeinsame Digitale Binnenmarkt muss vollendet werden. Auf deutscher und europäischer Ebene wollen wir durch Interoperabilität, Open Source, offene Standards und verpflichtende Schnittstellen im digitalen Raum neue Märkte erschließen und insbesondere für den Mittelstand fairere Wettbewerbsbedingungen schaffen. Solange es nicht ausreichend gute europäische Alternativen gibt, muss der Einsatz ausländischer Systeme unter strengen Sicherheitsmaßgaben erfolgen, die Erpressung und Cyberangriffe aus dem Ausland effektiv unterbinden können.

Europäische Alternativen fördern: Der Staat kann als verlässlicher Ankerkunde auftreten, um europäischen Anbietern Planungssicherheit zu geben und selbst mit gutem Beispiel für souveräne und nachhaltige Beschaffung voranzugehen. Beispielsweise kann die Nachfrage des Staates gebündelt werden, indem nicht alle Kommunen, Landkreise, Bundesländer oder gar einzelne Bundesministerien einzeln Sicherheitssoftware beschaffen oder gar selbst entwickeln, sondern der Staat nur eine Software zentral und nach Souveränitätskriterien erwirbt. Um die private Nachfrage gerade von kleinen und mittleren Unternehmen zu verstärken, schlagen wir statt bürokratischer Förderprogramme die Einführung eines KI-Gutscheins vor. Mit diesem könnten Unternehmen bei einem durch den Staat vorab eingekauften System Compute-Kapazitäten nutzen.

Hebel 3: Für gerechten Wohlstand und sozialen Zusammenhalt

Wachstum im Dienste der Menschen heißt, alle müssen die Chance haben, an den Früchten des Wachstums teilzuhaben. Wohlstand muss denjenigen zugutekommen, die unser Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten. Deshalb bildet die Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den dritten Hebel unserer Wirtschaftspolitik. So

finanzieren wir die nötigen Investitionen, tragen zur fairen Verteilung von Lasten und Gewinnen bei und sorgen für Sicherheit und Teilhabe.

Viele Menschen im Land sind bereits überlastet und erschöpft. Kriege, Klimakrise, Inflation und die wirtschaftliche Lage sägen an den Nerven. Mieten, Lebensmittel und Energie sind für viele kaum mehr bezahlbar. Mangelnde Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit lässt die Überlastung übergroß werden. Mehr als zehntausend Arbeitsplätze gehen jeden Monat verloren. Statt in dieser Lage für mehr Sicherheit zu sorgen und Sorgen zu nehmen, verschärft die Bundesregierung die Situation mit ihren Kürzungsplänen zusätzlich.

Genau wie die Unternehmen und ihre Beschäftigten stehen unser Sozialstaat und die Sozialversicherungen unter großem finanziellem Druck. Darauf müssen wir reagieren. Die Antwort besteht für uns aber nicht im Sozialstaatsabbau, im Zusammenkürzen der Leistungen unserer Sozialversicherungen. Unsere Reformen haben den Anspruch, Leistungen zu verbessern und vor allem deren Finanzierung nachhaltig so zu gestalten, dass sie die öffentlichen Haushalte, beispielsweise bei der Hilfe zur Pflege, nicht weiter belasten. Nur kürzen, wie es die Bundesregierung tut, ist keine Reform, es führt nicht in eine bessere Zukunft, sondern ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen stattdessen die Sozialsysteme effizienter gestalten und besser machen – als verlässlicher Rückhalt einer demokratischen Gesellschaft. Und wir wollen sie einfacher machen, indem wir Leistungen zusammenführen, digitalisieren und bürgerfreundlicher gestalten. Das ist auch deshalb notwendig, weil die kommunalen Haushalte an der Belastungsgrenze sind. Bei neuen Leistungen müssen wir immer fragen, was die Kommunen noch leisten können. Für alle Finanzierungsfragen gilt: Wer bestellt, bezahlt. Deshalb müssen unsere sozialen Sicherungssysteme in sich effizienter, zielgerichteter und nachhaltiger finanziert sein.

Wir geben deshalb ein Versprechen für mehr Miteinander, Zusammenhalt und Zukunft. Wir ziehen große Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heran. Dabei sehen wir soziale Gerechtigkeit nicht nur als Ausgleich zwischen oben und unten, sondern auch als Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen. Wir stellen die Renten-, Pflege- und Gesundheitsversicherung so auf, dass sich alle auf sie verlassen können, heute und morgen. Und wir priorisieren bei allen Ausgaben und Investitionen Kinder und ihre Bildung an erster Stelle, damit Bildungserfolg in Deutschland nicht vor allem vom Elternhaus abhängt.

3.1 Arbeitsmarkt im Wandel: An der Seite der Beschäftigten

Der Arbeitsmarkt erlebt seit Jahren einen rapiden Wandel, und insbesondere unsere Industrie erlebt Brüche, deren Ausmaße lange unvorstellbar schienen. Wie oben beschrieben haben wir wirtschaftspolitisch Grund zur Zuversicht, es muss vor allem angepackt werden. Doch kein Parteitagsbeschluss kann die Angst vor dem eigenen Jobverlust oder die damit verbundene Abstiegsangst nehmen. Ganzen Belegschaften und Regionen stehen schwere Zeiten bevor. In dieser Lage stehen wir an der Seite der Beschäftigten: Unsere Wirtschaftspolitik wird daran gemessen, ob sie Arbeitsplätze schafft und Perspektiven sichert. Deshalb lassen wir niemanden allein. Wir wollen, dass Beschäftigte den Wandel nicht erleiden, sondern ihn mit sicherem Einkommen, guter Qualifizierung und echten Zukunftsperspektiven mitgestalten können. Diejenigen, deren Arbeitsplätze wegen

der Umbrüche in der Industrie auf dem Spiel stehen, gehören zu den bestausgebildeten Fachkräften der Welt. Auch wenn die Umbrüche in der Industrie hart sind, sind wir davon überzeugt, dass ihr Wissen und Können gebraucht wird. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Übergänge zu erleichtern, schlagen wir vor:

Regionale Transformationsagenturen gründen: Die Bundesagentur für Arbeit kann ein zentraler Akteur in der Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt werden. Durch den Aufbau regionaler Transformationsagenturen kann sie Fachexpertise zu den Förderinstrumenten, Arbeitsmarktdrehscheiben, Qualifizierungsgeld, Weiterbildung u.v.m. bündeln und die Vernetzung vor Ort von Weiterbildungsanbietern, Unternehmen und Betroffenen fördern. Die Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz zeigen, dass die Kombination aus regionaler Vernetzung, betrieblicher Beratung und individueller Begleitung von Beschäftigten einen wichtigen Beitrag zur sozialverträglichen Gestaltung von Transformationsprozessen leisten kann.

Transfergesellschaften ausbauen: Eine Transfergesellschaft ist eine befristete Beschäftigungsgesellschaft, die von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitarbeiter*innen auffängt. Betroffene wechseln für bis zu 12 Monate aus einem Aufhebungsvertrag in dieses Arbeitsverhältnis. Sie werden dort nicht mehr operativ tätig, sondern intensiv bei der Jobsuche und durch Qualifizierungen unterstützt. Die Gesellschaft wird vom Arbeitgeber finanziert, die Arbeitnehmer*innen erhalten in dieser Zeit (Transfer-)Kurzarbeitergeld.

Übergänge gestalten: Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Übergänge sollten stärker genutzt werden, um von Stellenabbau betroffene Beschäftigte möglichst ohne zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit in neue Beschäftigung zu vermitteln. Wer aber seine Arbeitszeit vorübergehend reduziert, um sich für neue Tätigkeiten oder absehbare Veränderungen des eigenen Berufs weiterzubilden, muss bisher erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Deshalb sollte geprüft werden, wie transformationsbedingte befristete Arbeitszeitreduzierung für arbeitsmarktrelevante Weiterbildungen besser sozial abgesichert werden können.

Kurzarbeitergeld weiterentwickeln: Damit das Kurzarbeitergeld nicht nur zur Warteschleife für bessere Zeiten wird und die Unternehmen notwendige Zukunftsanpassungen angehen, sollte das Kurzarbeitergeld an Qualifizierungsmaßnahmen geknüpft werden. Die Einführung eines verlängerten Kurzarbeitergeldanspruch bei Durchführung einer Qualifizierung wäre ein zusätzlicher Anreiz.

Anreize zur schnellen Arbeitsaufnahme schaffen: Wessen Arbeitsverhältnis nach Zahlung einer Abfindung beendet wird, soll einen steuerlichen Vorteil erhalten, wenn möglichst schnell eine neue Beschäftigung aufgenommen wird. Damit sinkt die Steuerlast, umso schneller eine Beschäftigung aufgenommen wird. Das unterstützt die betroffenen Beschäftigten in einer schwierigen Phase und hilft Unternehmen, schneller Fachkräfte zu finden.

Für gute Arbeit und eine allgemein hohe Erwerbstätigkeit fordern wir außerdem:

- Arbeit muss sich immer lohnen: Unser Ziel ist es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zusätzlicher Verdienst darf nicht durch Anrechnung auf Lohnersatzleistungen verpuffen. Deshalb wollen

wir zum Beispiel Transferentzugsraten reduzieren und Anrechnungsmöglichkeiten verbessern;

- die Tarifbindungsquote deutlich zu erhöhen, indem die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen spürbar erleichtert wird, einen armutsfesten Mindestlohn und die betriebliche Mitbestimmung durch ein modernes Betriebsverfassungsgesetz zu stärken;

- Frauen in dem Umfang Erwerbsarbeit zu ermöglichen, wie sie es wünschen, und allen Eltern durch den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kita- und Ganztagsbetreuung, die Reform des Ehegattensplittings, die deutliche Erhöhung der Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten und ein Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen sowie die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und bürokratiearm umzusetzen, um die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern;

- das Fachkräfteeinwanderungsgesetz konsequent weiterzuentwickeln und die angekündigten Maßnahmen, wie die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse, wirksam umzusetzen und dabei dazu beizutragen, dass Deutschland ein offenes, vielfältiges und attraktives Land für zugewanderte Menschen bleibt;

- das Aufstiegs-BAföG so weiterzuentwickeln, dass auch Umschulungen auf gleicher Qualifikationsstufe gefördert werden, denn in Krisenzeiten ist Weiterbildung eine echte Zukunftschance für Beschäftigte. Das erleichtert Jobwechsel in andere Sektoren und Bereiche. Dabei muss die Entwicklung und Wirkung von KI auf die Zukunft der Arbeit mitgedacht werden. Der Meistertitel soll künftig genauso kostenfrei sein wie der Master.

3.2 Wir verteilen die Lasten gerecht

Die Bundesregierung spart bei Kindern und Familien und hat gleichzeitig Milliarden für Reiche und Konzerne übrig. Das ist keine Frage leerer Kassen, sondern eine bewusste Prioritätensetzung. Die Politik von Schwarz-Rot ist falsch, weil sie sozial ungerecht ist.

Wir wollen die wachsende Ungleichheit in Deutschland bekämpfen, weil sie zutiefst ungerecht ist, aber auch weil Untersuchungen von OECD und IWF zeigen, dass hohe Einkommensungleichheit die Wirtschaft schwächt.

Auch angesichts der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und insbesondere Kommunen ist eine höhere Besteuerung von extrem Reichen ein notwendiger Schritt, um die Finanzierung des Gemeinwesens gerecht zu gestalten. Deswegen wollen wir jene ganz oben mehr in die Pflicht nehmen und von unten Vermögen aufbauen.

Auch angesichts der steigenden Wertschöpfung durch kapitalintensive Innovationen wie KI folgt unsere Steuerpolitik einem klaren Prinzip: Wir verlagern die Steuer- und Abgabenlast schrittweise von Arbeit hin zu sehr großen Vermögen, Erbschaften und leistungslosen Gewinnen. Denn die Reichsten unserer Gesellschaft profitieren von weitreichenden und bislang unangetasteten Steuerprivilegien. Kapital endlich angemessen zu besteuern, ist vor diesem Hintergrund gerecht und zugleich wachstumsfreundlicher, als Arbeit weiterhin so stark zu belasten.

Spürbare Entlastungen für Bürger*innen und Unternehmen: Wir wollen deshalb vor allem die Sozialversicherungsbeiträge zumindest in Summe stabilisieren. In einem ersten Schritt senken wir die Krankenkassenbeiträge. Die Stromsteuer muss endlich für alle auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Außerdem wollen wir bei der Einkommenssteuer den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben.

Investitionen insbesondere im Mittelstand stärken: Gewinne, die reinvestiert werden, müssen deutlicher bessergestellt werden als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns für den Mittelstandsfonds ein, der bei der Finanzierung der Transformation unterstützt. Deutschland braucht ein klares Investitionssignal auch für unseren Mittelstand. Es muss klar sein, dass es sich lohnt, in Deutschland zu investieren. Wir wollen Investitionen steuerlich stark anreizen und dafür eine wirkungsvolle Investitionszulage auf den Weg bringen.

Steuerrecht und Sozialleistungen vereinfachen: Bei der Steuererklärung sollen Daten nur einmal angegeben werden müssen und nicht immer wieder neu. Komplizierte Hinzurechnungsregeln bei der Gewerbesteuer für Mieten, Pachten und Lizenzgebühren wollen wir abschaffen und damit gerade Mittelständler entlasten. Der deutsche Sonderweg des steuerlichen Sonderbetriebsvermögens verursacht bei Unternehmen großen Aufwand und bringt wenig – deshalb wollen wir ihn mit notwendigen flankierenden Anpassungen beenden. Zudem wollen wir Steuer- und Handelsbilanz wieder bestmöglich angleichen.

Vermögensaufbau für alle ermöglichen: Wir wollen den Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.500 Euro sowie die Arbeitnehmer-Sparzulage von 80 Euro im Jahr fürs Fondssparen deutlich erhöhen. Familien sollten einmal im Leben die Chance haben, grunderwerbsteuerfrei eine selbstgenutzte Immobilie zu erwerben. So wollen wir den Vermögensaufbau erleichtern. Im Gegenzug sollte für alle folgenden Erwerbe eine höhere Grunderwerbssteuer fällig sein.

Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen: Es gibt lang bekannte, eklatante Ausnahmen im Steuersystem, die sehr wenige Vermögende oder einzelne Gruppierungen marktineffizient bevorteilen, etwa bei der Veräußerung großer Immobilienbestände oder bei der Gewerbesteuerausnahme für vermögensverwaltende Immobiliengesellschaften. Wer 300 Wohnungen erbt, ist heute steuerbefreit, während wer drei Wohnungen erbt, fair seinen Beitrag zahlt. Das ist ungerecht. Wir schließen diese Gerechtigkeitslücken konsequent und erzielen damit einen wichtigen zusätzlichen Beitrag für die Finanzierung unseres Gemeinwohls. In Deutschland werden Gewinne aus Kryptoverkäufen nach einer Einjahresfrist nicht besteuert, nach zehn Jahren werden auch Gewinne auf Immobilien nicht mehr besteuert. Diese Sonderbehandlung wollen wir beenden.

Ernst machen im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche: Wer Steuern hinterzieht oder Geld wäscht, kommt zu leicht davon. Allein CumEx- und CumCum-Geschäfte haben uns als Gesellschaft bereits über 30 Milliarden Euro gekostet. Wir wollen deshalb die Finanzaufsicht stärken und die Kapazitäten auf Bundesebene zur Verfolgung von Finanzkriminalität ausbauen. Wir wissen, dass dies ein gemeinsamer Kraftakt von Justiz und Finanzbehörden, und von Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene darstellt – wir wollen, dass von oberster Ebene der Verfolgung dieser extremen Steuerkriminalität die Priorität eingeräumt wird, die sie verdient.

Übergewinnsteuer auf fossile Krisengewinne: Öl- und Gaskonzerne haben in den Krisenjahren Rekordgewinne eingefahren, die nicht auf unternehmerischer Leistung beruhten, sondern auf Knappheit, Krieg und der Not von Verbraucher*innen. Solche Zufallsgewinne müssen abgeschöpft werden. Wir wollen neben einer grundsätzlichen Schärfung des Kartellrechts eine dauerhaft angelegte, rechtssichere Übergewinnsteuer auf die Krisengewinne fossiler Energiekonzerne, europäisch abgestimmt, damit sie nicht durch Verlagerung umgangen werden kann.

Die 500-Millionen-Steuer: Im internationalen Vergleich sind sehr große Vermögen in Deutschland besonders stark bei sehr wenigen Menschen konzentriert. Während über Einschnitte bei Krankenversorgung, Kinderbetreuung oder Renten diskutiert wird, rapide steigende Verteidigungsausgaben über Schulden finanziert werden und bald Zins und Tilgung der Verteidigungsschulden den Bundeshaushalt belasten werden, haben die Vermögendsten unserer Gesellschaft weitreichende Steuerprivilegien und Gestaltungsmöglichkeiten und zahlen trotz ihres Reichtums de facto weniger Steuern auf ihr Einkommen als der Rest der Arbeitenden. Daher wollen wir extrem hohe Vermögen ab 500 Millionen Euro stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und vor allem der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas heranziehen, um Verteilungskonflikte im Kernhaushalt zulasten des Sozialen zu verhindern. Dabei sollen bereits geleistete Einkommensteuerzahlungen und Kapitalertragssteuern angerechnet werden. Substanzbesteuerung ist nicht unser Ziel. So kann die ansonsten für alle geltende Progressivität des Einkommensteuersystems auch an der obersten Spitze beibehalten werden.

Geisterkonten fürs Gemeinwohl nutzen: Auf deutschen Bankkonten liegen Milliarden auf sogenannten nachrichtenlosen Konten, auf die seit Jahren niemand mehr zugegriffen hat und zu deren Inhaber*innen kein Kontakt herstellbar ist. Wir wollen dieses Vermögen zehn Jahre nach dem letzten Kundenkontakt in einem Social Impact Fonds für Sozialunternehmen, gemeinnützige Träger und soziale Projekte nutzbar machen.

3.3 In Bildung investieren, statt bei Kindern zu kürzen

Ein Land wie unseres findet kaum Schätze im Boden – aber in den Köpfen der Menschen und vor allem unserer Kinder. Damit ihre Bildung zum Erfolg wird, muss das Umfeld stimmen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und sie brauchen den Raum zur freien Entfaltung ihrer Stärken. Doch Deutschland leistet sich seit Jahrzehnten ein bildungspolitisches Desaster. Über ein Drittel der Schüler*innen erfüllt laut neuester PISA-Studie nicht die Mindestanforderungen beim Lesen und Rechnen. In den Naturwissenschaften ist es ungefähr jede*r Vierte.

Dazu kommt: Herkunft und Geldbeutel der Eltern entscheiden viel eher darüber, wer einen höheren Schulabschluss schafft als Talent, Neugier und Fähigkeiten. Wer also arm aufwächst, hat hierzulande wenig realistische Chance auf sozialen Aufstieg. Damit wird das große Aufstiegsversprechen der Bundesrepublik nicht mehr eingehalten.

Dadurch bleiben viele Talente und ein riesiges Fachkräfte- und Wachstumspotenzial ungenutzt. PISA-Spitzenreiter wie die skandinavischen Staaten, Kanada oder Südkorea machen es vor: Bildungsinvestitionen zahlen sich mit Wirtschaftswachstum aus – jeder investierte Euro um das Vielfache.

Deshalb schlagen wir vor:
Kein Sozialleistungsabbau bei Kindern und Familien: Beim Elterngeld, dem Kindersofortzuschlag, Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und Hilfen für Familien in Krisensituationen zu kürzen, ist unverantwortlich. Auch von den geplanten Kürzungen beim Wohngeld sind in 70 Prozent der Haushalte Kinder betroffen. Zusätzlich die Bundesmittel für die Qualität frühkindlicher Bildung und von Kinderbetreuung zu halbieren, raubt den Heranwachsenden die Chance auf eine bessere Zukunft. Und darunter leiden auch die Zukunftschancen unseres Landes.

Kinderarmut umfassend bekämpfen: Kindbezogene Leistungen müssen gebündelt und vereinfacht werden, damit sie alle Kinder erreichen. Dazu braucht es eine transparente und armutsfeste Neuberechnung des Existenzminimums für Minderjährige, das ihre Teilhabe verbessert. Alle relevanten Lebensbereiche, die durch das Aufwachsen in Armut beeinflusst werden, müssen in den Blick genommen werden, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

Föderalismus überarbeiten: Wir müssen endlich raus aus dem föderalen Klein-Klein. Die Länder bleiben für Bildung hauptverantwortlich, Diskussionen darum lösen keine Probleme. Aber Bund, Länder und Kommunen müssen viel stärker zusammenarbeiten, voneinander lernen und erfolgreiche Konzepte verbindlich übernehmen. Vor allem muss der Bund einfacher die Kommunen finanziell unterstützen können und die Zusammenarbeit zum Beispiel bei der Digitalisierung, beim Ganztagsausbau, bei der Bildungsgerechtigkeit und bei der Festlegung gemeinsamer Bildungsziele verstetigen.

Kitas und frühkindliche Bildung stärken: Statt die Bundesmittel für frühkindliche Bildung zu halbieren, muss der Bund deutlich mehr in unsere Kitas investieren. Wir fordern drei Milliarden Euro pro Jahr für bessere Sprachförderung, gesundes Essen, mehr und besser bezahltes Personal und gute Qualität in unseren Kitas. Dazu gehört ein eigenes Investitionsprogramm für Neubau, Sanierung und Ausstattung, das ausschließlich Kitas zugutekommt.

Spracherwerb fördern: Damit jedes Kind unabhängig vom Elternhaus eine gute Vorbereitung auf die Schule und sprachliche Förderung erhält, setzen wir uns für ein beitragsfreies und verbindliches Startchancen-Kitajahr im letzten Jahr vor der Einschulung ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu Gespräche mit den Ländern aufzunehmen.

Schüler*innen unterstützen: Wir wollen an den Erfolg des Startchancen-Programms anknüpfen und weiter benachteiligte Schulen fördern. Zusätzlich wollen wir gezielt Schulen in strukturschwachen und ländlichen Regionen unterstützen und erhalten.

Ganztag ausbauen: Um die Kommunen und Länder bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27 besser zu unterstützen, müssen die Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau und die Beteiligung an der Bewirtschaftung deutlich erhöht werden.

Eine Fachkräfteoffensive für gute Bildung: Der Lehrkräftemangel ist eine der Hauptursachen für die Probleme an den Schulen, gleichzeitig fühlen sich immer mehr Lehrkräfte massiv überfordert. Deswegen müssen wir mit einer gemeinsamen Qualitätsoffensive für Lehrkräfte und Erzieher*innen von Bund und Ländern mehr

in den sich stark wandelnden Lehrberuf und multiprofessionelles Personal investieren.

3.4 Wir sorgen für eine verlässliche Renten-, Pflege- und Gesundheitsversicherung

Wir wollen Sozialversicherungen, die sich die Bürger*innen leisten und auf die sie sich verlassen können. Für den Krankenpfleger, der auch selbst auf ein gutes, öffentlich finanziertes Krankenhaus angewiesen ist, und die Handwerkerin, die am Ende ihres Berufslebens auf eine auskömmliche Alterssicherung baut. Doch diese Verlässlichkeit fehlt. Unser Gesundheitssystem kostet zu viel, für das, was es tatsächlich leistet. Pflegeplätze gibt es zu wenige, und wer einen Platz findet, kann ihn kaum noch bezahlen. Junge Menschen haben kaum mehr Vertrauen in das Rentensystem. Diese Sorgen wollen wir durch unsere Vorschläge nehmen oder zumindest lindern.

Krankenversicherung – Gesundheit stärken, Beiträge senken

Etwa eine Milliarde Euro fließen jeden Tag in unser Gesundheitssystem. Damit haben wir eines der teuersten Gesundheitssysteme Europas. Doch die Qualität passt nicht zum Preis: Wartezeiten für einen Facharzttermin sind lang, das Klinikpersonal arbeitet am Limit und unsere Lebenserwartung ist nicht höher als in unseren Nachbarländern. Die Zeche für dieses ineffiziente System bezahlen die Versicherten. Durch hohe Beiträge und eine dafür vergleichsweise schlechte Versorgung.

Anstatt Vorsorgeuntersuchungen einzuschränken, die psychotherapeutische Versorgung weiter zu verschlechtern oder Familien einseitig zu belasten, so wie es die Bundesregierung mit ihrem Gesetz getan hat, schlagen wir einen Reformplan vor, der auf Prävention setzt, die Lasten fair verteilt und gleichzeitig das System effizienter macht.

Einnahmen und Ausgaben fair verteilen: Auf dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung wollen wir neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen. Staatliche Aufgaben, wie die Gesundheitsversorgung von Menschen in der Grundsicherung, wollen wir über Steuermittel finanzieren, anstatt wie jetzt überwiegend über Beiträge der gesetzlich Versicherten.

Kosten dämpfen: Die hohen Einstiegspreise bei patentgeschützten Arzneimitteln wollen wir fallabhängig reduzieren und die Ausgaben langfristig stärker am Nutzen des Arzneimittels orientieren. Im Gegenzug braucht es längere Planbarkeit für die Produktion essenzieller Medikamente in Europa.

Strukturreformen angehen: Bei der Krankenhausplanung wollen wir, dass die Qualität der Versorgung im Vordergrund steht. Denn wer eine Operation nur dreimal im Jahr durchführt, hat keine Routine und es kommt häufiger zu Komplikationen. Stattdessen setzen wir auf regionale Versorgungszentren und -verbünde. Gleichzeitig wollen wir den Rettungsdienst reformieren, damit Patient*innen im Notfall schnell und sicher versorgt werden. Und wir wollen Arztpraxen, Krankenhäuser und den Notruf besser miteinander vernetzen, um Patient*innen von Beginn an in die richtige Versorgungsebene zu leiten. Haus- und Kinderarztpraxen sollen im Regelfall die erste Anlaufstelle sein, die die

weitere Behandlung koordiniert. So vermeiden wir unnötige Doppeluntersuchungen, und wer wirklich eine fachärztliche Behandlung braucht, bekommt schneller einen Termin.

Diese Maßnahmen sorgen nicht nur für eine verlässliche Versorgung und finanzielle Stabilität, sie bieten sogar die Chance, die Krankenversicherungsbeiträge zu senken.

Pflegeversicherung bezahlbar und zukunftsfest

Der Gedanke an Pflege führt heute viel zu oft zur Sorge um Armut: Im Juli 2026 betrug der durchschnittliche Eigenanteil im ersten Jahr eines Heimaufenthalts 3.364 Euro – etwa das Doppelte der Standardrente nach 45 Beitragsjahren. Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben, sind auf einmal von der Sozialhilfe abhängig. Schon heute trifft das mehr als ein Drittel der Menschen in Pflegeheimen, bald könnte es fast jede*r zweite sein. Das überlastet auch die Kommunen, über sogenannten Hilfen zur Pflege, zunehmend. Deshalb wollen wir die Lage der Pflegebedürftigen verbessern und gleichzeitig die Pflegeversicherung zukunftsfest machen.

Klar ist aber auch: Die Ausgaben der Pflegeversicherung übersteigen die Einnahmen längst in Milliardenhöhe.

Wir haben den Plan für eine Pflegereform, die die finanzielle Schieflage der Versicherung beendet, ohne Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Armut zu treiben. Zu den wichtigsten Punkten dieser Reform gehört:

Prävention fördern: Wir wollen, dass in einer älter werdenden Gesellschaft das Mehr an Lebensjahren mit einem Mehr an Lebensqualität bis ins hohe Alter verbunden ist. Dazu gehört es, dass wir gezielt in die Prävention von Pflegebedürftigkeit investieren und dafür beispielsweise regelmäßige Check-Up-Untersuchungen durchführen.

Häusliche Pflege und pflegende Angehörige stärken: Knapp neun von zehn Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, so wie es sich die allermeisten auch wünschen. Getragen wird das überwiegend unbezahlt von Töchtern, Schwiegertöchtern und Ehefrauen. Sie beenden, unterbrechen oder reduzieren dafür ihre Erwerbsarbeit und übernehmen Verantwortung. Der Staat erkennt das weder ausreichend an, noch sichert er diese Arbeit angemessen ab. Wer pflegenden Angehörigen die Rentenbeiträge kürzen möchte, bestraft diejenigen, die das System zusammen mit professionellen Pflegekräften am Laufen halten, gefährdet die häusliche Pflege und nimmt Altersarmut bei Frauen sehenden Auges in Kauf. Wir wollen pflegende Angehörige stattdessen deutlich stärker unterstützen und die ambulante Pflege sowie die Tagespflege ausbauen. Das ist nicht nur dringend geboten, sondern für die Pflegeversicherung auch noch deutlich günstiger als jeder Heimplatz.

Lasten fair verteilen: Wir schaffen einen finanziellen Risikostrukturausgleich, sodass die ungleich verteilten Risiken zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung künftig solidarisch ausgeglichen werden.

Staatliche Ausgaben gerecht finanzieren: Die gesetzliche Pflegeversicherung leistet Milliardenbeträge für staatliche Aufgaben, die eigentlich aus Steuermitteln finanziert werden müssten. Wir möchten die Beitragszahlenden davon entlasten und eine vollständige Erstattung der pandemiebedingten Mehrausgaben

und die dauerhafte Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige aus dem Bundeshaushalt finanzieren.

Leistungen nach Bedarf richten und Eigenanteile reduzieren: Leistungen der Pflegeversicherung wollen wir nicht allein an den Anspruch, sondern stärker an den tatsächlichen Bedarf koppeln und dabei die Pflegefachkräfte vor Ort besser einbeziehen. So können die Eigenanteile für Pflegebedürftige in der stationären Langzeitpflege begrenzt, Kommunen entlastet und heutige wie auch künftige Generationen besser für den Pflegefall abgesichert werden. Unser Ziel dabei ist eine sozial gerechte Staffelung der pflegebedingten Eigenanteile hinsichtlich hoher Einkommen oder Vermögen.

Eine verlässliche Altersvorsorge für alle Generationen

Die Rentenversicherung steht unter besonderem Druck. Immer mehr Rentner*innen drohen verhältnismäßig immer weniger Beitragszahlenden gegenüberzustehen. Doch Schwarzmalerei und Untergangsszenarien sind fehl am Platz. Zum einen ist es auch in der Vergangenheit gelungen, die Zahl der Beschäftigten trotz älter werdender Gesellschaft hochzuhalten und so die umlagefinanzierte Rente zu stützen. Zum anderen gibt es Maßnahmen, die das Rentensystem trotz älter werdender Gesellschaft entlasten können, ohne dass die zusätzlichen Lasten einseitig von den Jüngeren geschultert werden müssen.

Dennoch ist es keine leichte Aufgabe, die Alterssicherung gerecht und demokratiefest zu reformieren. Wir erkennen an, dass die Rentenkommission der Bundesregierung einstimmig ein umfassendes und auf Ausgleich angelegtes Programm vorgelegt hat. Das ist in der aktuellen Lage ein Wert an sich. Nichtsdestotrotz enthält das Paket aber Schwächen und relevante Leerstellen, denen wir im Folgenden unser eigenes Rentenkonzept gegenüberstellen.

Wir wollen eine stabile gesetzliche Rente, Altersarmut bekämpfen, den Kapitalmarkt für die Rente nutzbar machen und Reformen, um die Rente für jüngere Menschen finanzierbar zu halten. Vor diesem Hintergrund werden wir die Vorhaben der Bundesregierung in Bundestag und Bundesrat konstruktiv begleiten.

Private und betriebliche Altersvorsorge für alle: Um mehr Menschen eine höhere Altersvorsorge zu ermöglichen, wollen wir die private und betriebliche Altersvorsorge attraktiver machen. Über einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds sollen alle Menschen privat und über ihren Betrieb kostengünstig, renditestark und nachhaltig in den Kapitalmarkt investieren können. Alle sollen automatisch einzahlen, sofern sie nicht widersprechen oder ein anderes Produkt auswählen. Um junge Menschen von klein auf am Kapitalmarkt teilhaben zu lassen, wollen wir die Frühstartrente auf alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ausweiten. Außerdem möchten wir die betriebliche Altersvorsorge weiterentwickeln. Gegenüber einer Kapitalrente nach Vorschlag der Rentenkommission präferieren wir, dass alle Arbeitnehmer*innen eine paritätisch finanzierte Betriebsrente von ihren Arbeitgebern angeboten bekommen müssen. Diese Pflicht soll für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gelten, die unbefristet oder für mindestens ein Jahr vereinbart sind: ab dem 1. Januar 2028 zunächst in Unternehmen ab 500 Beschäftigten und ab dem 1. Januar 2029 bei allen weiteren Arbeitgebern. Dabei sollen die besonderen Herausforderungen von Klein- und Kleinstunternehmen berücksichtigt werden. Geringfügige Beschäftigungen in Privathaushalten sind von der Pflicht ausgenommen. Durch den Bürgerfonds steht

dafür für alle und gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine kostengünstige Option zur Verfügung.

Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung stärken: Einem großen Teil der Menschen, vor allem in Ostdeutschland, war es bislang nicht möglich, zusätzlich privat oder betrieblich für das Alter vorzusorgen. Sie müssen sich daher auf die gesetzliche Rente verlassen können. Deshalb darf das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken. Ein weiteres Absinken würde das Vertrauen in die gesetzliche Rente schwächen und für noch mehr Menschen im Alter ein Leben in Armut bedeuten, insbesondere für Frauen.

Altersarmut bekämpfen: Für viele Menschen reicht die gesetzliche Rente aber auch schon heute ohne zusätzliche Sozialleistungen nicht zum Leben. Um sie zu unterstützen, schlagen wir die grüne Garantierente vor, die deutlich mehr Menschen besserstellt als die bestehende Grundrente. Damit auch Menschen im Niedriglohnsektor besser abgesichert werden, wollen wir Minijobs schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen überführen, mit Ausnahme von Schüler*innen und Studierenden. Um insbesondere die Altersarmut von Frauen nachhaltig zu bekämpfen, muss Care-Arbeit fair verteilt und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Sorgearbeit sowie ein Rückkehrrecht in Vollzeit und gleiche Löhne erreicht werden. Eine ganz praktische Maßnahme zur Bekämpfung von Altersarmut besteht aber auch darin, dass Wohngeld nicht wie von der Bundesregierung geplant, zu kürzen, da gerade auch Rentner*innen auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit: Auskömmliche Renten müssen fair finanziert werden. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen stabilen und dynamischen Erwerbsbiografien, zwischen arm und reich und vor allem zwischen den Generationen herstellen.

- Wir streben eine einheitliche Alterssicherung für alle Erwerbstätigen an. Daher unterstützen wir, dass weitere Berufsgruppen wie Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie der Landesparlamente, Beamte, Vorstände von Aktiengesellschaften und nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche Rente aufgenommen werden. Um die Doppelbelastung von öffentlichen Haushalten zu vermeiden, wurde vom Sachverständigenrat Wirtschaft ein gangbares Modell vorgelegt. Auf dem Weg hin zu einer solchen einheitlichen Alterssicherung für alle Erwerbstätigen soll das Sicherungsniveau angeglichen und Reformen der Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Pensionen der Beamt*innen und Abgeordneten übertragen werden. Wenn Verbeamtungen bis dahin nur noch mit Bezug auf hoheitliche Aufgaben erfolgen würden, würde dies die gesetzliche Rentenversicherung stärken und die Transparenz der öffentlichen Haushalte erhöhen.

- In der gesetzlichen Rentenversicherung findet eine Umverteilung von kleinen zu größeren Einkommen statt, da Menschen mit geringem Einkommen statistisch früher sterben und so für einen kürzeren Zeitraum ihre ohnehin geringe Rente erhalten. An den bestehenden Renten wollen wir nichts ändern. Aber wir wollen, dass die Beitragsbemessungsgrenze der einheitlichen Alterssicherung für alle Erwerbstätigen schrittweise angehoben wird und die zusätzlichen Einnahmen für Einkommen oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze nur noch zur Hälfte den Einzahlenden

angerechnet werden. Die andere Hälfte soll zur Stabilisierung des Rentenniveaus beitragen.

- Zudem kann es für uns kein Weg sein, die Kosten des demografischen Wandels allein durch die Belastung von Löhnen und Gehältern zu schultern. Die oft beschworene und umworbene „hart arbeitende Mitte“ kann und darf nicht alleinig alle entstehenden Lasten auffangen. Daher sollen perspektivisch alle nicht beitragsgedeckten Leistungen in der Rentenversicherung über einen höheren Bundeszuschuss, mit Hilfe eines gerechteren Steuersystems, in dem auch Hochvermögende ihren fairen Anteil zahlen, finanziert werden. Um dabei auch die Vorteile des Kapitalmarkts zu nutzen, schaffen wir in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung durch die Übertragung von Eigenmitteln des Bundes.

Längeres Arbeiten in Gesundheit fördern: Wir wollen Präventions- und Rehabilitationsangebote deutlich verbessern und Arbeitgeber stärker in die Pflicht nehmen, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen anzubieten. Dadurch wollen wir das tatsächliche Renteneintrittsalter, das derzeit bei 64,7 Jahren liegt, deutlich steigern und so die Finanzlage der Rentenversicherung trotz älter werdender Gesellschaft entlasten. Denn eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ohne Steigerung des tatsächlichen Rentenbeginns ist de facto eine Rentenkürzung. Das wollen wir verhindern. Auch die Erhöhung der Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen, eine höhere Fachkräftezuwanderung, die Erweiterung des Versichertenkreises und eine möglichst gute Lohn- und wirtschaftliche Entwicklung wirken sich positiv auf die Rentenversicherung aus. Verschlechtert sich die Finanzlage der Rentenversicherung dennoch und steigt die Lebenserwartung quer durch alle Schichten hinweg, kann eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters angemessen sein.

Flexiblere Übergänge in die Rente: Wer im Alter arbeiten kann und will, soll bessere Möglichkeiten dafür bekommen. Wer nicht mehr kann, braucht Schutz. Arbeitsverträge sollen mit Erreichen des Renteneintrittsalters nicht mehr automatisch enden, sondern erst dann, wenn eine der beiden Seiten dies wünscht. Wer seine Arbeitszeit schon früher reduzieren möchte, soll dies künftig leichter tun können. Wir wünschen uns einen Kulturwandel: weg von einem abrupten Wechsel aus der Vollzeit in die Rente, hin zu einem gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Die abschlagsfreie Frührente zwei Jahre vor dem regulären Renteneintrittsalter wollen wir vor diesem Hintergrund zukünftig auf jene Menschen begrenzen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht länger in ihrem bisherigen Beruf arbeiten können. Dafür sehen wir faire Übergangsfristen vor. So wollen wir gezielt jene stützen, die in der Pflege, auf dem Bau oder in der Fabrik viele Jahre harter körperlicher Arbeit hinter sich haben und den solidarischen Grundgedanken der Rentenversicherung insgesamt stärken.

Einfache Sprache

Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

In Deutschland galt lange ein Versprechen: Wer sich anstrengt, dem geht es morgen besser. Für viele Menschen stimmt das heute nicht mehr. Miete, Lebensmittel und Energie werden immer teurer. Jeden Monat gehen mehr als 10.000

Arbeitsplätze verloren. Viele Menschen ärgern sich auch über Ämter, weil dort vieles lange dauert. Viele haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Rechtsextreme nutzen diese Angst aus. Das gefährdet unsere Demokratie. Wir setzen etwas dagegen: Zuversicht und einen klaren Plan.

Unsere Antwort ist ein neues Wachstum. Denn wenn die Wirtschaft nicht wächst, verschwinden Jobs, und die Verteilungskämpfe zwischen Jung und Alt werden härter. Schulen sanieren, Netze ausbauen, das Klima schützen und Rente und Pflege sichern – das geht nur mit einer starken Wirtschaft, nicht dauerhaft auf Pump. Dabei geht es uns um ein neues Wachstum, das gute Arbeit schafft, auf diesen Planeten passt, uns unabhängiger von autoritären Staaten macht. Und es soll bei denen ankommt, die es erarbeiten.

Dabei muss es gerecht zugehen. Die Ungleichheit in unserem Land ist zu groß, und wir wollen sie entschlossen bekämpfen. Dazu gehört, dass alle ihren fairen Anteil leisten, auch die sehr Vermögenden und die großen Konzerne. Und dazu gehört ein Sozialstaat, der Sicherheit gibt: Wer arbeitet, krank wird, Angehörige pflegt oder alt ist, muss sich auf ihn verlassen können.

Unser Plan für neues Wachstum und Gerechtigkeit setzt an drei Hebeln an.

Hebel 1: Innovation freisetzen und die Wirtschaft erneuern

Deutschland soll Industrieland bleiben – und zugleich klimaneutral werden. Bei grünem Stahl, klimaneutraler Chemie, Elektromobilität, Wärmepumpen und Wasserstoff entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Wer Klimastandards jetzt aufweicht, verliert morgen Märkte.

- Klimaschutz als Investitionsmotor: Unternehmen sollen den Gegenwert ihrer kostenlosen CO_2-Zertifikate auf ein Transformationskonto bei einer Dekarbonisierungsbank einzahlen und damit gezielt in klimafreundliche Anlagen investieren. Dazu kommen einfach anwendbare Klimaschutzverträge und eine Netzfinanzierung, die sich über Generationen verteilt.

- Technologieführerschaft in Schlüsselfeldern:

- Wir fördern Bereiche, in denen neues Wachstum entsteht. Dazu gehören künstliche Intelligenz (KI), Roboter, Wasserstoff und Medizintechnik. Ideen aus der Forschung sollen schneller in Firmen ankommen. In Test-Regionen soll man Neues ausprobieren dürfen, zum Beispiel selbstfahrende Autos.

- Kapital für Wachstum: Wir wollen eine europäische Kapitalmarktunion, mehr Wagniskapital für die Wachstumsphase von Start-ups und eine einheitliche europäische Rechtsform (EU Inc.). Pensionskassen und Versicherungen sollen leichter in Venture-Capital-Fonds investieren können. Beschäftigte sollen stärker am Unternehmenserfolg beteiligt werden.

- Handwerk und Selbstständige stärken: Eine Firma zu gründen oder zu übernehmen, soll einfacher werden. Selbstständige ohne Angestellte sollen

sozial besser abgesichert sein. Läden, Werkstätten und Praxen sollen besser vor zu hohen Mieten und Kündigungen geschützt sein.

- Fairer Wettbewerb: Das Kartellamt achtet darauf, dass große Firmen ihre Macht nicht ausnutzen. Es soll mehr Rechte und mehr Personal bekommen. So haben auch kleine Firmen eine faire Chance.

- Ein Staat, der ermöglicht: Neue Gesetze durchlaufen einen Praxis- und Digitalcheck. Berichts- und Dokumentationspflichten fallen weg, wenn sie nicht neu begründet werden. Für Verwaltungsverfahren gelten verbindliche Bearbeitungszeiten; eine „Stiftung Verwaltungstest" prüft, ob sie eingehalten werden. Bürger und Firmen sollen ihre Daten dem Staat nur noch einmal geben müssen.

- Leistungen automatisch statt auf Antrag: Kindergeld, Familienförderung oder die Verlängerung von Ausweisen soll der Staat von sich aus anbieten.

- Vertrauen statt Generalverdacht: Der Staat soll nicht mehr alle vorab kontrollieren. Er prüft dort genauer, wo Gefahr besteht. Wer gegen Regeln zum Schutz der Umwelt oder der Beschäftigten verstößt, wird hart bestraft. Unrechtmäßige Gewinne muss er zurückzahlen.

Hebel 2: Unsere Wirtschaft vor unfairer Konkurrenz und Abhängigkeiten schützen

Viele Länder halten sich heute nicht mehr an gemeinsame Regeln im Handel. Russland, China und auch die US-Regierung setzen ihre Wirtschaftsmacht als Druckmittel ein. China verkauft viele Maschinen sehr billig. Das geht, weil der chinesische Staat seine Firmen mit viel Geld unterstützt. Wo China einfach besser ist, wollen wir von China lernen. Wo China unfair handelt, wehren wir uns.

- Kritische Infrastruktur schützen: Rechenzentren, Cloud-Anbieter, Finanz- und Energieinfrastruktur sollen in europäischer Hand bleiben. Übernahmen durch Drittstaaten werden grundsätzlich untersagt. Investieren ausländische Firmen in wichtige Technik, müssen sie mit einer europäischen Firma zusammenarbeiten. So bleibt das Wissen in Europa.

- Handelsschutz durchsetzen: Bestehende Instrumente wie das EU-Instrument gegen wirtschaftlichen Zwang werden konsequent genutzt. Bei Subventionsprüfungen müssen chinesische Unternehmen künftig selbst nachweisen, dass sie keine unfairen Staatshilfen erhalten.

- Ausgleichszölle und Partnerschaften: Gezielte Zölle gleichen Preisvorteile aus, die durch Subventionen entstehen. Mit gleichgesinnten Staaten bilden

wir einen Zollklub und stehen uns gegenseitig bei, wenn ein Partner unter Druck gesetzt wird.

- Buy European: Öffentliche Aufträge und Fördergeld sollen europäischer Produktion zugutekommen. Ein erster Schritt: E-Auto-Förderung nur für in Europa gebaute Modelle.

- Rohstoffe sichern: Wir stärken die Kreislaufwirtschaft, halten wertvolle Recyclingrohstoffe in der EU und bauen eine gemeinsame europäische Rohstoffreserve auf.

- Verbraucher schützen: Plattformen wie Temu und Shein müssen europäische Sicherheits-, Umwelt- und Verbraucherstandards einhalten. Die EU muss diese Regeln endlich durchsetzen.

- Digitalsteuer für Tech-Konzerne: Amazon, Apple, Google, Microsoft und Meta machen in Deutschland hohe Gewinne und zahlen kaum Steuern. Wir fordern eine Digitalsteuer auf Online-Werbung, Plattformen, Cloud-Dienste und Datenhandel – europäisch, übergangsweise national. Mittelstand und Start-ups bleiben ausgenommen.

- Europäische Alternativen fördern: Die Digitalmarktregeln der EU sollen auch für Chatbots und Cloud-Dienste gelten. Der Staat bündelt seine Nachfrage und tritt als Ankerkunde für europäische Anbieter auf. Ein KI-Gutschein erleichtert kleinen Unternehmen den Zugang zu Rechenkapazität.

Hebel 3: Gerechter Wohlstand und sozialer Zusammenhalt

Wachstum muss bei denen ankommen, die es erarbeiten. Doch der Wohlstand ist ungleicher verteilt denn je: In der EU besitzt das reichste Prozent mehr als die gesamte ärmere Hälfte. Kürzungen beim Sozialstaat sind keine Reform. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stattdessen effizienter machen und gerechter finanzieren.

Arbeit

- Regionale Transformationsagenturen der Bundesagentur für Arbeit bündeln Beratung, Weiterbildung und Vermittlung vor Ort. Transfergesellschaften fangen Beschäftigte bis zu zwölf Monate auf, wenn ihr Arbeitsplatz wegfällt.

- Kurzarbeitergeld wird an Qualifizierung geknüpft; wer sich weiterbildet, erhält es länger. Wer nach einer Abfindung schnell eine neue Stelle antritt, zahlt weniger Steuern.

- Arbeit muss sich lohnen: Zusätzlicher Verdienst soll weniger stark auf Sozialleistungen angerechnet werden. Wir wollen mehr Tarifbindung, einen armutsfesten Mindestlohn und ein modernes Betriebsverfassungsgesetz.

- Mehr Kita- und Ganztagsplätze, eine Reform des Ehegattensplittings und gleiche Löhne für Frauen und Männer. Das Aufstiegs-BAföG fördert künftig

auch Umschulungen, und der Meistertitel soll so kostenfrei sein wie der Master.

Steuern

- Arbeit soll weniger besteuert werden. Sehr große Vermögen und Erbschaften sollen mehr beitragen.
- Entlastung für alle: niedrigere Krankenkassenbeiträge, Stromsteuer auf das europäische Minimum, 500 Euro mehr Grundfreibetrag, ein Arbeitnehmerpauschbetrag von 1.500 Euro.
- Investitionen im Mittelstand fördern wir mit einer Investitionszulage; Gewinne, die eine Firma wieder investiert, sollen günstiger besteuert werden.
- Vermögen ab 500 Millionen Euro sollen stärker zur Finanzierung von Gemeinwesen und Verteidigung beitragen. Steuerprivilegien schaffen wir ab: Wer heute 300 Wohnungen erbt, zahlt keine Steuer, wer drei erbt, schon. Das ist nicht gerecht. Auch Krypto- und Immobiliengewinne sollen nicht mehr nach Ablauf einer Frist steuerfrei sein.
- Steuerbetrug wie bei Cum-Ex hat über 30 Milliarden Euro gekostet. Wir bauen Finanzaufsicht und Ermittlungskapazitäten aus und wollen eine dauerhafte Übergewinnsteuer auf Krisengewinne fossiler Konzerne.

Bildung und Familien

- Kürzungen, die nur Kinder und Familien belasten, sind zutiefst ungerecht. Beim Elterngeld, dem Unterhaltsvorschuss oder beim Wohngeld zu sparen, gefährdet die Zukunftschancen einer ganzen Generation.
- Kinderbezogene Leistungen werden gebündelt und vereinfacht, das Existenzminimum für Kinder armutsfest neu berechnet.
- Drei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Kitas – für Sprachförderung, gesundes Essen und mehr, besser bezahltes Personal. Dazu ein verbindliches, beitragsfreies Kita-Jahr vor der Einschulung.
- Das Startchancen-Programm für benachteiligte Schulen wird fortgesetzt, der Ganztagsausbau stärker vom Bund finanziert.

Gesundheit und Pflege

- Auch Privatversicherte sollen sich an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligen.
- Preise für neue Medikamente richten sich stärker nach ihrem Nutzen. Hausärzte werden zur ersten Anlaufstelle, Kliniken spezialisieren sich. So gibt es weniger doppelte Untersuchungen und kürzere Wartezeiten.
- Ein Heimplatz kostet im ersten Jahr durchschnittlich 3.364 Euro Eigenanteil pro Monat. Wir wollen diese Eigenanteile sozial gestaffelt

begrenzen, pflegende Angehörige besser unterstützen und ambulante Pflege und Tagespflege ausbauen.

Rente

- Das Rentenniveau darf nicht unter 48 Prozent sinken. Eine Garantierente schützt vor Altersarmut; Minijobs werden schrittweise sozialversicherungspflichtig.
- Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rente einzahlen. Das gilt auch für Abgeordnete, Beamte und Vorstände.
- Ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds ermöglicht günstige private Vorsorge. Ab 2028 müssen Arbeitgeber eine je zur Hälfte finanzierte Betriebsrente anbieten.
- Arbeitsverträge enden nicht mehr automatisch mit dem Rentenalter. Wer länger arbeiten will, kann das; die abschlagsfreie Frührente gilt künftig für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten können.

Fazit

Wir wollen Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten. Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Zusammenhalt und Klimaschutz sind kein Widerspruch – sie sind die Bedingung dafür, dass Wohlstand hält. Unser Versprechen: ein Mehr für alle, damit es wieder besser wird.